

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 1. Juli 2013

Verfasser: Hans Wiesner

Neues Lehrpersonalgesetz (Andreas Erdin und Christoph Ziegler)

In vierjähriger Arbeit und unzähligen Sitzungen haben verschiedene Gremien und Kommissionen, LehrerInnen, Schulleiter, Bildungsdirektion, Personalverbände und die Kantonsratskommission einen Berufsauftrag für die LehrerInnen erarbeitet und durch mehrere Vernehmlassungen geschickt. Neu werden die Arbeitspensen nicht mehr in Wochenstunden, sondern in einer Jahresarbeitszeit definiert. Vorbereitungs- und Nachbereitungsarbeit für Schulstunden werden pauschal berechnet, während für nicht unterrichtsbezogene Arbeiten die Zeit im Detail erfasst werden müssen. Die Stellung des Klassenlehrers wird durch Gutschrift von Stunden gestärkt, der Halbklassenunterricht leicht geschwächt.

Begeisterung löst diese Vorlage bei keiner Partei aus. Ist der neue Berufsauftrag ein Mittel, die Arbeit zu fördern, die Flexibilität zu erhalten und Überlastungen rechtzeitig zu erkennen? Insgesamt hat ein Berg eine Maus geboren. Die Definition einer Jahresarbeitszeit ist zu begrüßen, doch die vielen Köche sorgten für mehr Regelungen und Administration durch Erfassung und Kontrolle der Nebenarbeiten, die insgesamt vom "Kerngeschäft" Unterricht ablenken.

Das Lehrerergesetz wurde insgesamt verändert, aber nicht verbessert. Einem neuen Gesetz sollte man zustimmen, wenn es wirklich Verbesserungen bringt. Leider ist das bei diesem grossen Kompromiss nicht der Fall. Der Antrag von glp und SVP, auf diese Vorlage nicht einzutreten wird mit 101:69 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung über das Gesetz findet nach den Sommerferien statt.

Parlamentarische Initiative zur Sexualerziehung in Kindergarten und Unterstufe

Die EDU möchte im Gesetz festhalten, dass die Sexuaufklärung in Kindergarten und Unterstufe nicht vermittelt wird und möchte folgenden Text im Volksschulgesetz festlegen:

"Eltern nehmen gemäss Bundes- und Kantonsverfassung ihre Rechte auf Erziehung und Wertevermittlung wahr. Insbesondere obliegt ihnen die sexuelle Aufklärung ihrer Kinder im Kindergarten- und Unterstufenalter." Nachdem der Sexualkundeunterricht im Lehrplan 21 erst in der Mittelstufe (5.Klasse) vorgesehen ist, erübrigt sich dieser Zusatz.

Die Parlamentarische Initiative wird einstimmig abgelehnt.

Das **Postulat über Koordination der staatlich geförderten Weiterbildungsmassnahmen für Erwachsene** wird ohne Gegenantrag abgeschrieben.

Das **Postulat zur Schaffung einer kantonalen Rechtsgrundlage für das Verfahren öffentlicher Ausschreibungen im Bildungswesen** wird trotz einem Minderheitsantrag der SP abgeschrieben.

Strategie für den Bildungs- und Innovationsstandort Zürich (Stefanie Huber)

Bei diesem Postulat von Thomas Maier (glp) und zwei anderen Kantonsräten geht es um die künftige Nutzung des Militärflugplatzes Dübendorf ohne Flugverkehr. Die Idee ist, auf diesem Gelände einen Innovationspark einzurichten, wo Wirtschaft und Bildung in Forschungsprojekten zusammenarbeiten. Der Regierungsrat unterstützt dieses Vorhaben in seiner Stellungnahme vom 24. Oktober 2012 und letzte Woche bestätigte die nationale Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz die Absicht, dass in Lausanne und Zürich nationale Forschungszentren aufgebaut werden sollen.

Stefanie Huber dankt dem Regierungsrat für diese Bemühungen um das Engagement für die Schaffung von guten Rahmenbedingungen für Innovation und Forschung und ist überzeugt, dass dies der Bevölkerung des Kantons Zürich zu Gute kommen wird. Das Anliegen der Postulanten sei auf gutem Weg, doch seien noch einige Hürden zu nehmen.

Die SVP meint, innovative Unternehmen brauchen keine staatliche Unterstützung und deshalb brauche es auch keinen Innovationspark. Dahinter stecken der unnötige Wunsch und nicht zukunftsfähige Absicht, das Flughafengelände Dübendorf weiterhin für eine aviatische Nutzung offen zu halten. Das Postulat wird abgeschrieben.